



Ein Satz!

51

Zeitung für autonome Politik · Göttingen · September 2002

Kurzübersicht

- „Deutsche Wertarbeit“ – Die Hartz-Kommission
- 25 Jahre Stammheim
- Soziale Kämpfe in Lateinamerika
- The X-files – Die Globalisierungsbewegung und der „black bloc“

Keine Blumen, aber...

„Danke Göttingen“ ...



...titelte am 12.8.2002 die linke Tageszeitung *junge Welt* und wollte damit sicherlich jenen ihre Anerkennung aussprechen, die dem deutschen Außenminister Joseph Fischer zuvor einen garstigen Empfang bereitet hatten. „Danke, Hannover, Braunschweig, Kassel, Eisenach, Erfurt oder Nordhausen!“ sollte die bescheidene Antwort der radikalen Göttinger Linken lauten. Denn trotz bemerkenswerter politischer Kunststückchen mit bundesweitem Medienecho, ist das Eis, auf dem diese ihre Kür darbietet, ziemlich dünn geworden. Das gilt nicht bloß für die offensichtliche Mobilisierungsschwäche, beispielsweise der autonomen Antifabewegung, und die daraus wachsende Bedeutung zugereister Unterstützung. Auch konzeptionell fährt die radikale Linke der Leinestadt einen beunruhigenden Schlingerkurs. Im Folgenden soll es darum gehen, einige bedeutsame Ereignisse der letzten Monate unter diesem Blickwinkel Revue passieren zu lassen.

Werfen wir dazu den Blick ein wenig zurück auf ein Thema, das alle Spektren der Göttinger Linken, von Autonomen bis DGB, seit Jahren fesselt: Die Naziaufmärsche. Seit 1999 haben Kameraden des NPD-Kreisverbandes großmäulig zum Sturm geblasen. Auf's Maul haben Stefan Pflingsten und seine Recken seither reichlich bekommen, das Kräfteverhältnis konnten sie kaum zu ihren Gunsten verschieben. An den innerlinken Auseinandersetzungen um Konzepte, wie diesen Naziprovokationen begegnet werden sollte, kristallisieren sich beispielhafte Differenzen innerhalb der aktivistischen Bewegungslinien.

run an die Nazis?!

Was die Stärke dieser ist, an einem konkreten Anlass, viele Menschen zu eigener Beteiligung an Widerstandshandlungen zu mobilisieren, wird zugleich zur Schwäche, wenn es nicht gelingt den Widerstand vom ganz unmittelbaren Geschehen zu abstrahieren. Beim unbedingten Willen des Staates, einen richterlich genehmigten Naziaufmarsch auch durchzusetzen, ist es nur mit unverhältnismäßig großem Risiko möglich einen Aufmarsch direkt anzugehen.

Wer Willens und in der Lage ist, den Faschisten empfindliche Verluste zu bereiten, sollte offenbar nicht wie gelähmt auf die Schlange starren, sich auf den eigentlich Aufmarsch beschränken, vielleicht nicht einmal auf diesen Tag. Die polizeilichen Einsatzkonzepte vom 16. Juni 2001 und 1. Mai 2002 sprechen eine unmissverständliche Sprache: Wiederholt wurde ein ganzer Stadtteil als „national-befreite-Zone“ abgeriegelt, Polizeiarmeen erstaunlicher Größe in die Universitätsstadt verlegt, zuletzt über 100 Linke in Gewahrsam genommen – fast mehr als überhaupt Faschisten den Weg nach Göttingen gefunden haben – und alles nur mit dem einen Ziel: Den Nazis einen möglichst reibungslosen Aufmarsch zu ermöglichen. „Die öffentliche Sicherheit und Ordnung gewährleisten“ heißt das in der Sprache deutscher Polittechnokraten. Warum lautete die politische Konsequenz nicht, ab 5 Uhr Besetzung des Polizeieinsatzleitstelle, ab 11 Uhr Blockade der Zufahrtswege zum Gefangenensammelpunkt? Ein größeres persönliches Risiko würden all jene, die sich auch sonst für Aktionsformen dieser Art – nennen wir Platzbesetzungen und Straßenblockaden doch einen radikalisierten zivilen Ungehorsam – begeistern lassen, auch nicht auf sich nehmen. Dennoch wäre die politische Aussage eine zweifelsohne wertvollere, würden doch die AktivistInnen zu klareren Auseinandersetzung mit dem Staat genötigt und öffentlich das eigentliche gesellschaftliche Problem benannt. Denn in einem sind sich in Göttingen doch alle einig: Ohne die Polizeistaatsaufmärsche wären die kaum 150 Nazinasen vom 1. Mai 2002 tatsächlich nur ein appetitanregendes Frühstück für die Linke. Unter dem Deckmantel ihrem Gesetz Geltung zu verschaffen, betreiben Gestalten wie Polizeichef Friedrich Niehörster,

Oberbürgermeister Jürgen Danielowski und Oberstaatsanwalt Hans-Hugo Heimgärtner eine derart reaktionäre Politik, dass die NPD-Hanseln ihnen die Füße küssen sollten.

Die Uni bleibt eine Fabrik

Bis zu den Bundestagswahlen sind es nur noch wenige Wochen. Dank des Jahrhunderthochwassers, das Teile Ostdeutschlands, und damit wohl auch einige „national befreite Zonen“, im wahrsten Sinne des Wortes weggespült hat, ist der run wieder offen. Im Angesicht einer weltwirtschaftlichen Krise, leerer Kassen und des Wirtschaftsstandorts, kann nur noch unter dem Primat des Sachzwangs eine Verwaltungstätigkeit wahrgenommen werden, die im Sinne der „wirtschaftlichen Gesundung“ des Landes agiert. So setzt sich ein Trend der inhaltlichen Beliebigkeit des Wahlkampfes fort und gipfelt vorerst in einem Personenwahlkampf, der deutlicher denn je aufzeigt, worum es bei jeder Wahl geht: Personen zu wählen, die den ökonomischen Sachzwängen entsprechend Deutschland verwalten. Dies schließt natürlich die Hochschule mit ein. Auch hier muss rationalisiert und optimiert werden. Und auch hier haben alle die passenden Konzepte in der Tasche. Ob das nun die „Langzeitstudiengebühren“ sind oder die Umwandlung der Universitäten in Stiftungsunis. Das Studium soll vor allen Dingen marktgerecht sein. Für einen Blick über den, von Anhängern des humboldtschen Bildungsideals vielbeschworenen „Tellerand“ bleibt so keine Zeit mehr, so er den überhaupt erwünscht ist. Ausgehend von der fundamentalen Kritik, die sich am herrschenden System üben lässt, ist es wichtig, die Universität als gesellschaftlichen Teilbereich politischer Auseinandersetzung zu begreifen. In der bürgerlichen Gesellschaft ist die Uni Trägerin ideologischer, politischer und juristischer Legitimation dieses Systems und gleichzeitig Ausgangspunkt für die Entwicklung neuer Strategien zur Kapitalverwertung. Sie leistet nicht anderes als ihren Beitrag zum Bestehenden.



Als Studierende muss man keine Lust haben, sein Leben an dem Zweck zu orientieren, sich möglichst profitabel verkaufen zu können. Ums mitspielen kommt man trotzdem nicht herum, bleibt einem in der kapitalistischen Logik doch nur der Verkauf der eigenen Arbeitskraft als Mittel zum Überleben.

Studierende sind diesem Zwang allerdings nur teilweise unterworfen. Sie befinden sich zumindest momentan noch teilweise außerhalb der direkten Konkurrenz. Die Konkurrenz um den besten, schnellsten Abschluss ist vorerst nur vermittelt. Auch wenn der Druck groß ist, diesen Zustand, des „den Eltern oder dem Staat auf der Tasche liegens“, schnellstmöglich zu beenden. Was aber bleibt ist der Zustand, den Adorno folgendermaßen formuliert hat, es bleibt den Studierenden „in der Hölle noch die Luft zum Atmen“. So bleibt ihnen im Gegensatz zu denen, die schon mitgedrin sind, eher noch die Möglichkeit die „systematischen Scheuklappen“ beiseite zu legen und zu versuchen dem Charakter dieser „Hölle“ auf die Spur zu kommen. Auch an der Uni bietet sich jedes Jahr im Februar die Möglichkeit zum Demokratiespielen, also zur Wahl. Hier verhält es sich minimal anders als in der „großen Politik“.

Es stehen die Ableger der gleichen Parteien zur Wahl und man wählt nichts anderes als ein Parlament und eine Regierung. Zur Zeit gibt es einen rechten AStA. Die Damen und Herren von RCDS, ADF und LHG haben diesmal ganz gut verstanden, wie das „Kapitalismusspiel“ gespielt wird, man hört da von Pizzabestellungen auf Studienkosten und großzügiger Erhöhung der eigenen Gehälter. Das widerliche Abfeiern der Fußballweltmeisterschaft im ZHG reiht sich ein in die „große Politik“ und ihrer Deutschtümelei. Zum Naziaufmarsch am 1. Mai bezog der AStA keine nennenswerte Stellung. Soviel zum rechten AStA.

Zum Glück muss man diese Gruppen nicht wählen, zumindest muss man sie nicht wieder wählen.

Trotz der Albernheit, die dieses Demokratiespiel ausdrückt, kann es Sinn machen zur Uniwahl zu gehen, und sei es nur aus dem Grund den rechten AStA abzuwählen. Und wenn schon wählen, dann vielleicht die Antifaschistische Liste.



Bunt statt braun?!

Womit ein weiterer Konflikt angesprochen wäre. Die genannten Repräsentanten des bürgerlichen Staates, werden von sich selber voller Inbrunst behaupten sie selber seien Nazigegner. Wie das seit der rot/grünen Regierungskoalition und dem ausgerufenen „Aufstand der Anständigen“ nun einmal jedeR anständige Deutsche von sich behaupten würde, schließlich schaden die rüpelhaften Nazibanden dem Standort. Der geht bekanntlich über alles in der Welt. Mit dem Inhalt ihrer sonstigen Weltanschauungen, ob Verwertungs-rassismus oder Menschenrechtsbomben, lässt sich diese Art Antifaschismus problemlos vereinbaren. Das gilt auch für Teile des bürgerlichen Antifabündnisses um den DGB, wie etwa die lokalen Ableger der Regierungsparteien. Autonome AntifaschistInnen müssen sich also sehr gut überlegen, mit welchem Belzebug sie heute welchen Teufel austreiben wollen. Als militante Speerspitze für das bessere Deutschland in der Zivilgesellschaft aufzugehen, wäre jedenfalls der Abschied von radikaler Gesellschaftskritik. Diese Vorzeichen antifaschistischer Politik in Deutschland seit 1998 hat die eigene Demonstration linksradikaler Unigruppen und der Autonomen Antifa [M] am 16. Juni 2001 zu berücksichtigen versucht. Die Position der mobilisierten Antifas, dass es ihnen nicht um ein schöneres sondern um gar kein Deutschland gehe, sollte nicht erneut in der Medienberichterstattung untergehen können. Und noch ein weiterer Grund dürfte die OrganisatorInnen angetrieben haben, anzukündigen sich mit der Demo in Richtung der Nazis zu bewegen und sich dafür blutige Nasen einzufangen: Am 16. Juni haben zumindest die Auseinandersetzungen um die Campus-Demo die scheinbare Selbstverständlichkeit der bürgerlichen AntifaschistInnen aufgebrochen, einfach weit ab vom Geschehen den eigenen Protest abzufeiern. Warum sich DGB und Co. in Göttingen letztendlich nicht weiter aus dem Fenster lehnen, als ihr gesellschaftliches Pendant in jeder ostdeutschen Kleinstadt auch, bleibt eine Frage, die bei jeder Gelegenheit praktisch gestellt werden muss. Ohne öffentlichen Ausdruck eines militanten und radikalen Widerstandsbe-griffes wurde die Selbstgefälligkeit, mit der sich die Zivilgesellschaft am 1. Mai 2002 in Göttingen auf die Schultern klopfte in keiner Weise mehr in Frage gestellt. Der repressive Flügel dieser Zivilgesellschaft konnte so westlich des Bahndammes maßlos auftrumpfen, in Gewahrsam nehmen, prügeln – einen ordentlichen Naziaufmarsch sichern. Alle linksradikalen Gruppen der Stadt müssen

sich dem hingegen vorwerfen lassen, außer der eigenen Koordination keine politischen Angebote über die eigene Szene hinaus gemacht zu haben. Die Verantwortung für ihr Mobilisierungspotential wurde nicht wahrgenommen. Für die bürgerliche Öffentlichkeit war die radikale Linke in Göttingen am 1. Mai 2002 ganz und gar abge-



taucht. Ein hoher politischer Preis, wenn am Ende des Tages nicht mehr als ein geworfener Brokkoli vorzuweisen bleibt.

Trouble an der Heimatfront!

Ein anderer Wurf hat in der bundesweiten Medienlandschaft kürzlich weitaus heftiger eingeschlagen: „Außenminister mit Farbeiern beworfen“ oder „Polizeischutz für Fischer in Göttingen“ überschrieb so manche Zeitung ihre Artikel, nachdem der Wahlkampfauftritt Joseph Fischers und Jürgen Trittins mächtig daneben gegangen war. Dass die Bilder von „Fischer hinter Polizeischutzschilden“ so eindeutig waren ist ein Glück für die Göttinger Linke, es hätte wie in anderen Städten auch anderes kommen können: Die heiteren Trillerpfeifen und kritischen Transparente als Teil grünen Pluralismus?! Um von vorn herein ein konfrontatives Szenario aufzubauen, mobilisierte die Autonome Antifa [M] zu einer Demonstration – ging es doch politisch genau darum deutlich zu machen: Mit fortschrittlicher Politik haben die Grünen auch in einer ihrer Hoch-burgen schon lange nichts mehr zu tun. Fischer und Anhang stehen auf der anderen Seite der Barrikade, am 10. August konkret auf der anderen Seite der Polizeisperre. Vielen scheint es zu genügen, sich ganz selbstbestimmt und mit Trillerpfeife bewaffnet, pünktlich am Ort des Geschehens einzufinden. Der Aufgabenstellung, die politische Konfrontation deutlich zu machen, stellt sich diese Haltung nur bedingt. „Danke, CDU für diesen amüsanten Abend!“ möchte es einer linken Seele da fast entgleiten, wenn bei deren Deutschtümelei und senilen Charme kaum Integrationsfragen auf. Wie es die Göttinger Linke dann doch vermag „eine Riesengaudi“ mit erfolgreicher Politik zu verbinden, zeigte die Verhöhnung einer CDU-Wahlkampfveranstaltung am 22. August auf dem Marktplatz. „CDU-Rentner abschieben!“, „Metal statt Merkel“ oder „Deutsch mich nicht voll! Gott schütze die Autonome Antifa [M]“ musste die sichtbar erschütterte Anhängerschaft der Christdemokraten lesen. „...und die beherzten Farbeierwerfer gegen Joseph Fischer!“ bliebe hinzuzufügen. Die Göttinger Linke täte gut daran, die Versäumnisse der letzten Zeit aufzuarbeiten. Der nächste Polizeistaatsnaziaufmarsch kommt bestimmt.

feel red – be red – wear red



jetzt
den neuen Katalog ordern!

Antifa Versand Red Stuff
c/o Buchladen Rote Straße
Nikolaikirchhof 7
37073 Göttingen
antifaversand-goettingen@puk.de

Zwangsarbeit, Deregulierung und Privatisierung – Willkommen in der Sprechstunde der Hartz-Kommission

Deutsche Wertarbeit



Der Mann mit dem Charme eines Kieferchirurgen macht ernst: Peter Hartz legte die Ergebnisse seiner „Expertenkommission“ auf den Tisch. Und wie jedeR, der/die ab und an mal zum Zahnarzt geht, ist man schon vorher sicher: es wird wehtun.

Der Mann, dem nur noch Mundschutz und grüner Kittel zum perfekten Auftritt fehlen, weiß was er will: Seit Monaten geistern er und die nach ihm benannten Harz-Kommission durch die Medienlandschaft. Auftrag seiner Mission: Er soll dem abgewirtschafteten Kumpel Schröder vor der Wahl noch eine Brücke einsetzen; eine sozialdemokratische Brücke – irgendwas mit Arbeitsmarkt, um zu zeigen, dass die Noske-Jünger schon immer die Besten waren, wenn es um Modernisierung und Flexibilisierung ging. So war es dann auch. Nur: Reduzieren sollte man den Harzschen Klemmner nicht allein auf Wahlkampfgeplänkel. Es geht um viel mehr – letztlich sogar um die gesamte Umstrukturierung der bisherigen Verwaltung von Arbeitslosigkeit, mit allerlei Unannehmlichkeiten – für viele wohl weitaus tragischer als der Besuch bei Zahnarzt. Und für diejenigen (nicht nur) unter uns, die ganz gerne mal nen lauen Lenz schieben und keinen Bock haben auf Arbeitsethos und den Stress der Maloche wird die Luft noch dünner...

Arbeit ist Scheiße

Wie immer wird hier ins selbe Horn geblasen: „Arbeitslosigkeit“ – das Problem sei also fehlende Arbeit, jaja, nicht etwa die profitorientierte Organisation der Arbeit, nein! Oder gar Lohnarbeit und das kapitalistische Verwertungssystem in seiner Gänze, Gott, Papst und Kanzler steh uns bei, nein!

Stattdessen wundert sich das Wahlvolk darüber, dass die Arbeitslosigkeit einfach nicht abnehmen will – Kohl hin Schröder her. Und dabei tut man schon so viel für den Standort: Löhne runter, Steuern runter, Arbeitszeit rauf, Sozialleistungen runter – auch ein bisschen Pfuscher in der Bilanz ist inklusive – aber die „Wirtschaft“, die „will einfach nicht“. Das ja schon 'n dicker Hund(t).

Diese Weisheit des gemeinen Wahlvolks ignoriert natürlich hartnäckig jeglichen ökonomischen Zusammenhang. Diese Art der Erklärung von „Arbeitslosigkeit“ hat jedoch für das ökonomische und politische System einen entscheidenden Vorteil: Die Leute sollen fressen, dass aller gesellschaftlicher und persönlicher Reichtum nur über Lohnarbeit zu erreichen ist, und inzwischen muss man sich halt schon gut verkaufen um noch einen halbwegs korrekten Job zu finden. „Arbeitslosigkeit“ und die damit verbundene Selbstprostitution wirkt domestizierend: Die „Sozialhängematte“ hat ausgedient, die deutschen Tugenden von Arbeit, Arbeit und nochmals Arbeit werden dazu von Dr. Hartz aus der Mottenkiste gezaubert.

Die Hartzsche Wurzelbehandlung des Arbeitsmarktes

Ganz in diesem Sinne setzen er und seine Mitchirurgen auf eine forcierte Vermittlung von Arbeitslosen. Sie schaffen damit keine neuen Arbeitsplätze, sondern erhöhen lediglich die Fluktuation auf dem Arbeitsmarkt.

Die Hartz-Strategie setzt einmal mehr auf den Niedriglohnsektor. Potenzielle Erwerbslose sollen zur Not auch per Zwang in dieses Arbeitsmarktsegment gepresst werden. Die Organisation staatlicher Leiharbeit sowie der Rausschmiß bestimmter Personengruppen aus dem Leistungsbezug (die sog. „Ich-AGs“) sind genauso schillernde Zangen und Bohrer für diese Strategie wie Leistungskürzungen und die Verschärfung der Zumutbarkeitsregelungen. Gerade in Sachen Kostenreduzierung durch Repression hat sich die Hartz-Kommission als äußerst kreativ erwiesen. In Zukunft kann es Erwerbslosen passieren, dass sie in der gesamten Republik Jobs annehmen müssen. „Nach spätestens drei Monaten der Arbeitslosigkeit kann einem jun-



gen und ungebundenen Arbeitslosen auch ein Umzug zugemutet werden, um den Bezug des Arbeitslosengeldes zu beenden“, meint Chirurg Dr. Hartz. Die Lage des Stellenmarktes soll künftig die Variable Nummer Eins im Leben eines Jobsuchenden sein. Und wer nicht mitzieht, bei dem wird der Bohrer angesetzt. Aber: auch sportliche und planerische Höchstleistungen werden gefördert: Bei erfolgter Kündigung durch den Betrieb beispielsweise muss der Spurt ins nächste „Jobcenter“ her – sonst drohen für jeden „verschwendeten“ Tag Strafen zwischen 10 und 50 Euro. „Herzstück“ der Hartz-Konzeption jedoch sind die von den Arbeitsämtern aus gegründeten „Personal-Service-Agenturen“ (PSA). Wer über eine PSA an Betriebe oder Zeitarbeitsfirmen vermittelt wird, gilt als nicht arbeitslos. Exklusiv zur Anstellung bei der PSA gilt dann: In den ersten 6 Monaten muss jeder Job angenommen werden – sonst ist Schluss mit dem Arbeitslosengeld. Die Beweislast für verordnete Arbeit wird zudem umgekehrt: Die Jobsuchenden müssen selbst beweisen dass die ihnen zugeschusterten Jobs unzumutbar sind – die Ämter hingegen werden sich natürlich in Zukunft kräftig bemühen, den gegenteiligen Beweis mittels der verschärften Zumutbarkeitsregelungen zu erbringen.

Operation gelungen – Patient tot

Für die Bundesanstalt für Arbeit und den Staat ist die Leiharbeit eine gezielte Übergangsphase hin zur Kostenreduzierung bei Personen, die als nicht-verwertbar

Schöner leben ohne Kapitalismus

Für den 14. September rufen die Jugendorganisationen des DGB und die vermeintliche Dachorganisation der „Antiglobalisierungs-bewegung“ Attac mit dem Schlachtruf „Bereit zum Entern: Jetzt wird umverteilt!“ zu einer Demonstration in Köln auf. Eigentlich keine Meldung für eine linksradikale Zeitung, würden nicht die Kölner Antifa K und Red Community NRW unter der Parole „Schöner leben ohne Kapitalismus“ zu einem antikapitalistischen Block mobilisieren. Damit soll denjenigen Göteborg- und Genua-Reisenden des „summer of resistance“ Gehör verschafft werden, die keinen schöneren, sondern gar keinen Kapitalismus wollen.

Im vergangenen Jahr verschafften diverse Riots der „Zivilgesellschaft“ die Erkenntnis, dass zumindest die neoliberale Variante des weltweiten Kapitalismus auch in den Industriestaaten zunehmend unbeliebter wird. Dementsprechend wurde mit systemkompatiblen Umarmungsversuchen begonnen. Um so wichtiger ist es für die linksradikale Kritik, das Feld nicht Kräften zu überlassen, deren Verbesserungsvorschläge von den Medien als Position „der“ GlobalisierungskritikerInnen präsentiert werden. Es gilt klarzumachen, dass es jenseits von Umverteilung und Tobin-Steuer eine Empfehlung gibt, die Probleme des Kapitalismus endgültig zu überwinden: Ihn abzuschaffen. Der Großteil der Demonstrierenden wird mit solchen Forderungen unvertraut sein. Aber es handelt sich um ein Spektrum, das den Erscheinungsformen des globalen Kapitalismus zumindest skeptisch gegenübersteht. Der antikapitalistische Block will aus der dogmatisch-radikalen Schmollecke herauskommen, die schon allzuoft Endstation linksradikaler Bewegungen war, und stattdessen mit einer weitergehenden Kritik an diesen skeptischen Teil der Gesellschaft herantreten.

Infos: www.antifa-k.de

„Tausend gute Gründe,

auf dieses Land stolz zu sein,“ sangen einst die Toten Hosen. Eingefallen ist ihnen schon 1988 kein einziger. Welche Horrorschau Deutschland in den folgenden Jahren allerdings darbieten würde, davon träumten viele wohl nur bei dunkler Nacht. So ist es heute nicht verwunderlich, dass die Abscheu, mit der linksradikale Gruppen Deutschland betrachten, ein wenig unmittelbarer daher kommt: „Tausend gute Gründe, Deutschland zu hassen!“ heißt die Initiative der Erfurter Gruppe Yafago für eine Demonstration am Vorabend der Einheitsfeierlichkeiten 2002. Und wie könnte es anders sein, da fällt so mancher/m sicher einiges ein. Beispielsweise das Verbot einer gleichnamigen Demo im letzten Jahr.

Herhalten musste allein die „Gewaltbereitschaft“ der Antifagruppe, die ihren Ausdruck unter anderem in der Parole „Deutschland muss sterben!“ fände. Die berüchtigten „Beweis- und Festnahmeeinheiten (BFE)“ der Thüringer Bereitschaftspolizei machten die Innenstadt Erfurts daraufhin zur „No-Go-Area“ für Linke. Nicht gerade liebenswert auch das Verhalten der PDS, im Osten Deutschlands kaum als fortschrittliche Kraft verschrien. Gabi Zimmer, Vorsitzende der Bundes-PDS und Spitzenkandidatin der PDS-Landesliste in Thüringen, war es gar, die mit „Stolz auf Deutschland“-Rhetorik auf Stimmenfang ging. Vom Bezug zur ohnehin schwachen außerparlamentarischen Opposition in Thüringen verabschiedete sich die PDS-Landtagsfraktion, indem sie sich im letzten Jahr von der Yafago-Demo ausdrücklich distanzierte und gegen ihren Innenpolitischen Sprecher vorging. Dieser hatte gegen das Demonstrationsverbot Widerspruch eingelegt. Selbst für deutsche Verhältnisse findet die Linke in Thüringen also miese Bedingungen vor. Umso bemerkenswerter sind die Organisierungsbemühungen von Antifagruppen wie Yafago im ATAG (Autonome Thüringer Antifagruppen) und deren beharrliches Bestreben diese Ausgangsbedingungen für sich zu verbessern. Genug Gründe, um am 2. Oktober nach Erfurt zu reisen.

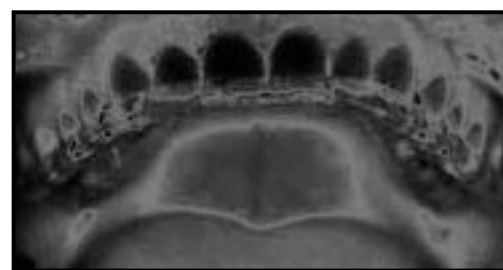
Aktuelle Infos gibt es unter www.puk.de/atag

oder überflüssig angesehen werden. Das „downgrading“ von Leistungsansprüchen ist das eigentliche Ziel der PSA und der Grund dafür, warum Zwangs- und Leiharbeit im so großen Stil ansteht – Bei Leiharbeit hat man im Schnitt mindestens 1/3 weniger Kohle in der Tasche als bei „normaler“ Lohnarbeit. Es ist nicht weit hergeholt zu vermuten, dass gerade die „Dauerkunden“ des Arbeitsamts mit geringer Qualifizierung und Vermittlungschancen zu den PSAs einberufen werden, damit ihre Leistungsansprüche über eine Leiharbeit dauerhaft reduziert werden können. Zudem gilt für das ganze Konzept: Wer angebotene Niedriglohntätigkeiten ablehnt, wird abgestraft und stellt sich selbst ins Abseits. Die steigenden Abmeldungen aus der Arbeitslosigkeit auf Grund der „vernachlässigten Mitwirkungspflicht“ ist bereits einer der „Haupterfolge“ des neuen Gesetzes. Vielfältige Möglichkeiten also, Personengruppen ganz aus den Leistungsbezügen rauszukicken. Ein Teil der Erwerbslosen wird über den Stress wohl von allein auf den Jobcenter-Terror verzichten wollen, andere dazu gezwungen werden. Das ist dann wohl auch des Kanzlers „Jobwunder“: (Zwangs-)Leiharbeit und das Rauskanten der Leute aus der Arbeitsamtsstatistik. Aber auch bei „normalen“ Jobs wird das Modell Hartz seine Spuren hinterlassen: Leiharbeit wird sehr viel stärker in Konkurrenz zur tariflich abgesicherteren Anstellung treten, wodurch langfristig die Ware Arbeitskraft auch bei der „normalen“ Lohnarbeit rapide an Wert verlieren wird. Leiharbeit wird zudem in Gegensatz zu Festanstellungen heftig zunehmen. Glückwunsch Gerhard!

Man kann gar nicht so viel fressen, wie man kotzen möchte...

Diese Botschaft von Deregulierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, Ausweitung der Leiharbeit, Ausbau des Niedriglohnssektors und Privatisierung sozialer Risiken liegt voll im Trend und kann sich der Unterstützung von rot bis schwarz, gelb bis grün sicher sein. Auch die Gewerkschaften spielen ihre ewiges Spiel: Ein bisschen nörgeln hier, ein paar Betäubungsspritzen da, dann darf der Doktor kräftig bohren.

Die Lösung? - Nieder mit der deutschen Arbeitsideologie und dem ganzen scheiß kapitalistischen System. Lohnarbeit ist und bleibt Zwang und Ausbeutung – die Zerschlagung von Lohnarbeit und Kapitalismus ist notwendige Vorbedingung zur Beendigung von Erwerbslosigkeit und hin zur Minimierung der Arbeit, denn eines ist sicher: Solange Kapitalismus existiert, existiert als notwendiger Bestandteil ebenso Armut und Erwerbslosigkeit – im weltweiten Kontext sowieso und in den hochindustrialisierten Staaten zunehmend mehr.



Ein paar Sätze über den deutschen Staat und seine Feinde

25 Jahre Stammheim



Das 25jährige Jahrestag der „rätselhaften Todesfälle“ von Stammheim bietet Anlaß, einerseits die historische Situation zu reflektieren, in der sich die RAF (Rote Armee Fraktion) gegründet hat. Andererseits geht es um mediale Abwicklung der 68er, einschließlich RAF so wie sie im Wesentlichen vor fünf Jahren stattgefunden hatte. Darüber hinaus stellt sich die Frage, was der heutigen Linken die Auseinandersetzung mit Stammheim bringt, bzw. worin die Verbindungslinien im Verhältnis „Staat-radikale Linke“ – gestern und heute – zu sehen sind. Obgleich der Aufbau des bewaffneten Widerstands heute nicht ansteht, erscheint es für die Linke dennoch sinnvoll, sich mit der eigenen Geschichte auseinanderzusetzen.

Am 18. Oktober 1977 wurden die Gefangenen aus der RAF, Gudrun Ensslin, Andreas Baader, Jan-Carl Raspe in ihren Zellen des Stammheimer Knasts tot aufgefunden. Irmgard Möller überlebte schwer verletzt. Die staatliche Version: Selbstmord in allen Fällen. Die vielen Ungereimtheiten und Widersprüche bei den Tathergängen – über die bereits ganze Bücher geschrieben wurden – veranlassen den deutschen Staat nach wie vor dazu, die Aussage: „Es war Mord!“ zu kriminalisieren. Es gibt keinen Freitod hinter Gittern!

Wir waren viele...

Die Toten von Stammheim sind in den Kontext des „deutsches Herbsts“ 1977 einzuordnen. Zur Einschätzung der politischen Kräfteverhältnisse muß bedacht werden, daß es zu dieser Zeit eine relativ starke Linke in der BRD gegeben hatte. Verschiedenste gesellschaftliche Kräfte wollten dem Kapitalismus ans Leder. Die

Vorstellung Heinrich Bölls der „6 gegen 60 Millionen“ entsprach keinerlei Realität. Eher war die RAF Spitze des Eisbergs. Sie war der konsequenteste Teil einer starken linksradikalen Bewegung mit gut ausgebildeten militanten Strukturen, die aus der 68er Bewegung entstanden waren. Besonderes Verdienst der 68er war die Emanzipation von einer ökonomistischen Gesellschaftskritik, die in ihrem Blick auf das antagonistische Verhältnis von Kapital und Arbeit fixiert war. Der Angriff auf die „Totalität des Warenverhältnisses“ wurde propagiert.

Allein vor dem Hintergrund einer weltweiten Aufbruchstimmung wird die Entstehung von Gruppen wie der RAF und der Versuch, die gefangenen GenossenInnen mittels einer Doppelentführung aus den Isolationsknästen zu befreien, nachvollziehbar. Doch die Entführung des Chefs der Dresdner Bank, Ponto, mißlang. Er wurde bei dem Versuch erschossen. Auf die Entführung des ehemaligen SS-Führers und damaligen Arbeitgeberpräsidenten Schleyer reagierten die sozialdemokratische Regierung Schmidt und Oppositionsführung mit der Einrichtung eines Krisenstabs, wodurch das Parlament als Entscheidungsinstitution ausgeschaltet wurde. Eine bislang einmalige Repressionswelle traf nicht nur die seit Jahren der Isolationsfolter unterworfenen Gefangenen (über deren Hinrichtung öffentlich diskutiert wurde) und ihre AnwaltInnen, sondern die gesamte Linke in der Bundesrepublik: Es wurde zur Hatz auf alle geblasen, die im Verdacht standen, „SympathisantInnen“ zu sein – die also nicht konform gingen mit dem, was sich als „Modell Deutschland“ anschickte, europäische Führungsmacht zu werden. Dem Druck, öffentlich dem Staat die Absolution im Kampf gegen den „Terrorismus“ zu



erteilen und alles zu verleugnen, was es seit den Vietnamkriegs-Protesten an kritischem Geist, Rebellion und konkretem Widerstand gegeben hatte, hielten die wenigsten stand.

Die Frage, inwieweit der Staat sich an die von ihm selbst gesetzten Grenzen zu halten bereit ist, war angesichts der realen Entwicklungen zu dieser Zeit schon beantwortet. Für die gesellschaftlichen Verhältnisse der BRD seit 1945 ist der Begriff „Demokratie“ nie etwas anderes gewesen als ein nettes Wort für verwaltete Gesellschaft (Horkheimer) oder anders ausgedrückt: Postfaschismus. Die RAF hatte den Faschismus des deutschen Staates wieder an die Oberfläche zerran wollen. Dabei ignorierte sie allerdings, daß es in Deutschland schon gegen den Nationalsozialismus nicht zu antifaschistischer Massenmobilisierung gekommen war. Dafür, daß es heute fast keine Linke mehr gibt, kann jedenfalls weder die RAF selbst, noch ihre Fehleinschätzungen verantwortlich gemacht werden.

Alles wird gut

Die offizielle geschichtliche Abwicklung des deutschen Herbstes fand größtenteils bereits vor fünf Jahren statt. Dabei variiert das von der RAF gegebene Bild zwischen durchgeknallten Psychopathen, eiskalten Killern und irregewordenen Spinnern. Bei der herrschenden Darstellung – und dabei ist Breloers Fernsehproduktion „Todesspiel“ federführend – ging es besonders um die Behauptung, daß das, was sich damals ereignete, unwiederholbar, d.h. Ende der Geschichte sei. Nichts anderes also als ein „Spiel“, bei dem am Ende alle TeilnehmerInnen gestorben sind.

Die gesellschaftlichen Konflikte, die es in den 60er und 70er Jahren gegeben hat, konkret: die breiten emanzipatorischen und antikapitalistischen Widerstände, sollen auf einen militärischen Konflikt zwischen einer Hand voll „Politkrimineller“ und dem hartherzigen Staat (der zwar überreagiert hatte, aber letztlich doch nur das tat, was er eben tun mußte) reduziert werden. Nun kann sich nicht einmal der herr-

schende Blick auf die Verhältnisse der Realität entziehen, daß die RAF ursächlich mit 68er Bewegung zusammenhing. Insofern bietet es sich an, die Geschichtsbewältigung von RAF und 68er Bewegung in einem Abwasch zu tun. Die herrschende Lesart funktioniert dabei, indem sie einige Elemente der 68er lobpreist, andere dagegen verschweigt. Die „verkrusteten Strukturen“ seien aufgebrochen worden. Ein Aufstand der Söhne gegen die Väter sei es gewesen. Autoritäre Macht und konservativer Alltag seien grundlegend in Frage gestellt worden, endlich hätten die Frauen sich emanzipiert und gegen den Vietnam-Krieg zu demonstrieren, war auch irgendwie ok.

Zurück in die Zukunft

Außer einer gewissen Modernisierung der Herrschaft hat sich an dem, was die 68er Bewegung kritisiert hatte, nichts grundsätzliches geändert. Dies gilt auch für die Repression gegen fortschrittliche Kräfte. Neuerliche Antiterror-Gesetze und § 129b (Kriminalisierung der Solidaritätsarbeit für sogenannte „terroristische Vereinigungen“ im Ausland) sind Beispiele, an denen sich die Grenze der Zivilgesellschaft offenbart.

Der Stammheimer Jahrestag erinnert uns an politische Auseinandersetzungen, die auf einem für heutige Verhältnisse schwer vorstellbaren Niveau geführt worden. Die GenossInnen der RAF und die Linke vor 1977 fanden insgesamt eine viel schärfere „Frontsituation“ vor. Demzufolge sollte es vielleicht nicht verwundern, daß ein entsprechendes Bewußtsein heute kaum noch vorhanden ist. Dies äußert sich z.B. darin, daß viele Linke sich den „Black Bloc“ von Genua nur als perfides Konstrukt von Bullen und Nazis vorstellen können. Andererseits wird sich auch gern immer wieder eines schlechten Arguments bedient, das den Rückzug bzw. die eigene Passivität legitimiert:

„Die RAF ist schuld daran, daß der Staat so repressiv geworden ist.“ (anstelle von RAF kann auch black bloc etc. eingesetzt werden). Zu gern möchte man die schlaun Vertreter dieser oder ähnlicher Theorien fragen, weshalb der Staat denn unter der Bedingung des Wegfalls der RAF nicht § 129a, Kontaktsperregesetz, Rasterfahndung etc. zurücknimmt, weshalb nicht Polizeikasernen abgerissen, nicht das Demonstrationsrecht liberalisiert und nicht die Gefangenen aus der ehemaligen RAF endlich freigelassen werden. Noch heute sitzen die politischen Gefangenen Christian Klar, Sieglinde Hofman, Heidi Schulz, Birgit Hogefeld und Brigitte Mohnhaupt im Knast.

„Es gibt kein Recht auf Krawall!“ tönt es aus dem off. Dem ist entgegenzuhalten: „Es gibt kein Recht auf Ausbeutung und es gibt kein Recht der Herrschenden auf Herrschaft – auch unter zivilgesellschaftlichen Vorzeichen nicht.“



„Glaubt den Lügen der Mörder nicht!“

Philip Müller, 11.5.'52, Essen: Bei einer Anti-Wiederbewaffnungsdemo von der Polizei erschossen. **Petra Schelm**, 15.7.'71, Hamburg: im Zuge einer RAF-Großfahndung von der Polizei erschossen. **Georg von Rauch**, 4.12.'71, West-Berlin: von der Polizei erschossen. **Thomas Weißbecker**, 2.3.'72, Augsburg: von der Polizei getötet. **Holger Meins**, 9.11.'74, Wittich/Eifel: im Knast durch Zwangsernährung zu Tode gefoltert. **Ulrich Wessel**, 24.4.'75, Stockholm: beim Sturm der besetzten deutschen Botschaft durch die Polizei erschossen. **Siegfried Hausner**, 4.5.'75, Stuttgart: an den Folgen von Gewehrkolbenschlägen der Polizei gestorben. **Werner Sauber**, 9.5.'75, Köln: von der Polizei erschossen. **Ulrike Meinhof**, 9.5.'75, Stuttgart-Stammheim: im Knast erselbstmordet. **Katharina Hammerschmidt**, 29.6.'75: stirbt im Knast an einem Hirntumor, nachdem ihr die Behandlung verweigert wurde. **Bernd Hausmann**, 25.5.'76: von der Polizei erschossen. **Andreas Baader**, **Gudrun Ensslin**, **Jan-Carl Raspe**, 18.10.'77, Stuttgart-Stammheim: im Knast erselbstmordet. **Ingrid Schubert**, 12.11.'77, Stadelheim: im Knast erselbstmordet. **Willi Peter Stoll**, 6.9.'78, Düsseldorf: von der Polizei erschossen. **Michael Knoll**, 25.9.'78, Dortmund: von der Polizei erschossen. **Elisabeth von Dyc**, 4.5.'79, Nürnberg: von der Polizei erschossen. **Olaf Ritzmann**, 24.8.'80, Hamburg: bei einer Anti-Strauß-Demo von der Polizei vor eine S-Bahn getrieben und getötet. **Sigurt Debus**, 16.4.'81: im Knast durch Zwangsernährung zu Tode gefoltert. **Klaus Jürgen Rattay**, 22.9.'81, West-Berlin: bei einer Demo gegen die Räumung mehrerer besetzter Häuser von der Polizei vor einen Bus getrieben und getötet. **Kemal Altun**, 30.8.83, West-Berlin: aus dem Fenster eines Gerichtsgebäudes in den Tod gesprungen. Dem politischen Flüchtling drohte die Abschiebung. **Günther Sare**, 28.9.85, Frankfurt/Main, bei einer Anti-NPD-Demo vor einem Wasserwerfer getrieben und getötet. **Erna Sielka**, 3.3.86, Wackersdorf: nach einem Knüppelinsatz der Polizei an Herzinfarkt gestorben. **Alois Sonnleitner**, 31.3.86, Wackersdorf: nach einem CS-Gas-Angriff der Polizei an einem Asthmaanfall gestorben. **Norbert Kubat**, 26.5.87, West-Berlin: Gefangener der 1.Mai-Unruhen im Knast erhängt. **Conny Wessmann**, 17.11.89, Göttingen, nach einer antifaschistischen Aktion von der Polizei in den Straßenverkehr getrieben und getötet. **Wolfgang Grams**, 27.6.93, Bad Kleinen, beim Zugriff der GSG9 erselbstmordet. **Halim Dener**, 30.6.94, Hannover: beim Kleben von ERNK-Plakaten von Zivilpolizisten auf der Flucht in den Rücken geschossen.

Kriegsschauplatz Kapitalismus angreifen!

In politisch interessierten Kreisen der Region hat sich herumgesprochen, dass sich im Lauf des letzten Jahres die Kasseler Widerstandskultur wiederbelebt hat: Es gibt ein besetztes Haus, der „Bundeswehr-Karrierebus“ mußte angesichts lautstarker Proteste seine Nachwuchswerbung abbrechen, und Ende August traf die NPD anlässlich einer Wahlkampfveranstaltung auf militante Gegenwehr. Weltweite Bekanntheit hingegen hat der nordhessischen Industriestadt die im Fünfjahresrhythmus ausgetragene Kunstausstellung Documenta eingebracht.

Weniger bekannt ist, dass Kassel auch sonst ein internationales Publikum ganz anderer Art anzieht: Zahlreiche Waffenfabriken sorgen dafür, dass an den Konfliktherden rund um den Globus das Mordwerkzeug nicht knapp wird. Ein Beispiel für den Rüstungsstandort Kassel ist die Firma Krauss-Maffei-Wegmann. Die Autonome Antifa Kassel (AAK) hat sich die Produktionsstätte für Panzer und Zubehör daher zum Ausgangspunkt einer antimilitaristischen Demonstration unter dem Motto „Standort – Kriegsschauplatz – Deutschland angreifen!“ gewählt.

Anhand der Kasseler Militärindustrie wird deutlich, dass Kriegsschauplätze nicht nur exotische Namen wie Afghanistan oder Irak tragen.

Kapitalistische Produktion und Krieg treffen hier am Standort D unmittelbar aufeinander, und das nicht zufällig. Der Ausgangspunkt für die meisten Kriege ist in den Industriestaaten zu suchen. Egal, ob es darum geht, in gemeinsamen Kriegen unbotmäßigen Staaten wie etwa Jugoslawien die kapitalistischen Geschäftsbedingungen der „Neuen Weltordnung“ einzubomben, oder ob diesseits und jenseits des Atlantik versucht wird, diese Weltordnung zum jeweils eigenen Gunsten auszuformen, wie derzeit im Interessenkonflikt zwischen EU und USA über den nächsten Irak-Krieg: Der Kapitalismus bringt derartige „Aufräum“- und Aufteilungskriege notwendigerweise hervor, und für die antikapitalistische Linke spielt es keine Rolle, in welchem Teil der Industriestaaten der Kapitalismus größeren Nutzen daraus zieht.

Mit dem Krieg nach außen geht die Aufrüstung im Inneren einher: Auch

Internationalismus 2002

Über gemeinsame Kämpfe und fundamentale Unterschiede



Während in Europa und zahlreichen anderen Ländern die „Antiglobalisierungsbewegung“ gegen die „top-meetings“ mobilisiert, verändert sich Lage in den stark neoliberal geprägten Ländern Lateinamerikas drastisch. Die ökonomischen, sozialen und politischen Zustände haben sich dort drastisch zugespitzt. Nach dem 11. September 2001 wurde die Lage einerseits für die revolutionären Bewegungen schwieriger, andererseits zerschlug die ökonomische Krise teilweise völlig das weitere Funktionieren der nationalen Ökonomien. Die Bedingungen in diesen Ländern ähneln sich stark, die Ausformungen der Krise sind jedoch sehr unterschiedlich. Diese Ereignisse werfen ein Schlaglicht auf einen wichtigen Teilbereich linksradikaler Politik.

Internationalismus

Die Frage des Internationalismus beschäftigt die Linke bereits seit ihrem Entstehen:

Seit Bestehen des Kapitalismus organisierten sich auch die Ausgebeuteten rund um den Globus gegen die kapitalistische Vergesellschaftung. Dies galt vor allem für die Vernetzung und Solidarität der Arbeiterbewegung bis nach dem 2. Weltkrieg und gerade in den realsozialistischen Staaten versuchten mit der kommunistischen Internationale eine Struktur zu schaffen, in der Solidarität praktisch umgesetzt wurde. Im Verlauf der 70er Jahre verschwand mehr und mehr der Gedanke der Organisation der Werktätigen gegen das internationale Kapital aus den Köpfen und der Realität – im Kontext der entstehenden „neuen Linken“ trat der Antiimperialismus als Motiv viel weiter nach vorne als er das im Kontext der Arbeiter- und Arbeiterinnenbewegung getan hatte. Hintergrund dieser Strategie war vor allem, nationalen Befreiungsbewegungen Raum zu schaffen und eine gemeinsame Strategie gegen den Imperialismus zu entwerfen. Das geflügelte Wort der „Gemeinsamkeit der Kämpfe“ wurde ausgegeben – der Imperialismus an verschiedenen Fronten angegriffen werden, damit dessen Kräfte zersplittern. Nun gut, so kam es leider nicht – an der Notwendigkeit des Internationalismus hat sich nichts geändert.

Ausgehend von der Analyse dass eine Befreiung vom kapitalistischen Gewalt- und Verwertungssystem nicht mehr im nationalstaatlichen Rahmen denkbar und möglich ist, ergibt sich die Notwendigkeit zur Zusammenarbeit quasi „ganz von selbst“.

Deutsch mich nicht voll

Das Hauptproblem der revolutionären Linken in Deutschland – abseits ihrer Bereitschaft – für eine regelmäßige Zusammenarbeit liegt in der fehlenden



gesellschaftlichen Relevanz und der geringen Organisation, die allzu hochtrabende Gedanken über kontinuierliche internationalistische Zusammenarbeit schon im Voraus den Garaus macht. Als Trend entwickelte sich zudem in den späten 90er Jahren eine weitgehende Ignoranz gegenüber Bewegungen anderer Länder, für die Bewertung von revolutionären oder auch reformistischen Bewegungen existiert häufig eine Art schwarz/weiß denken. Dabei müsste vielmehr zwischen Bewegungen unterschieden werden, die sich „nur“ gegen Ausbeutung und Bevormundung durch imperialistische Staaten zur Wehr setzen und solchen die dazu noch für eine sozialistische Gesellschaft kämpfen. Nur mit letzteren kann eine gemeinsame Strategie entwickelt werden, mit ersteren sind strategische Bündnisse denkbar – sie über unterstellte „völkische“ oder „reformistische“ Tendenzen gleich der Reaktion zuzuschieben geht an der Realität vorbei und verdeckt mehr als dadurch erhellt wird. Dabei wird bereits seit den 80er Jahren das Problem des islamischen Fundamentalismus virulent diskutiert. Der islamische Fundamentalismus hat in zahlreichen Ländern inzwischen die Stärke, die vor 30 Jahren die Linke hatte. Der islamische Fundamentalismus macht überdeutlich, dass nicht alles, was gegen Yankee- und europäischen Imperialismus die Stimme und/oder die Waffe erhebt der Stempel „fortschrittlich“ aufgedrückt werden darf. An zugespitzten Beispielen wie dem 11. Septembers 2001 oder auch nur der Realität der vom islamischen Fundamentalismus betroffenen Menschen wird klar, dass Vorstellung der Fundamentalisten so ziemlich das Gegenteil unserer Vorstellungen sind.

Solidarität ist keine Einbahnstrasse

Solidarität und Internationalismus wird häufig als eine Art „Gnadenarbeit“ für GenossInnen betrachtet – übersehen wird dabei, dass Solidarität auch vor allem für die Linke hier etwas bringen kann: Voneinander lernen, Strategien austauschen und gemeinsame Mobilisierungen wären da nur einige denkbare Stichworte. Als wichtige Funktion beinhaltet Internationalismus das Bewusstsein, dass eine Gesellschaft, eine Bewegung oder eine Organisation ganz anders aussehen und völlig andere Kräfte entfalten kann als es die Linke im deutschen Alltag hinbekommt. Wichtig ist jedoch ebenso die Solidaritätsarbeit, die die deutsche Linke für andere Bewegungen leisten kann. Einerseits betrifft das im weitesten Sinne Öffentlichkeitsarbeit – Veranstaltungen etc., aber auch Delegationen in Kurdistan oder

Kolumbien, was betroffene Menschen und Gruppen konkret schützen konnte und Informationen über die Lage der Menschen auch einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich machte. Darüber hinaus existieren Praxismöglichkeiten im Rahmen symbolischer Aktionen beispielsweise an Länder- oder Konzernvertretungen.

Ein Problem, was für die Linke hier jedoch oft mit den Exilbewegungen bestand, war die Frage der konkreten Zusammenarbeit in Europa. Die GenossInnen nutzten Europa zumeist als „ruhiges Hinterland“ in dem sie Organisations-, Rekrutierungs- und Finanzierungsbearbeitung durchführen konnten. Seit der Einführung des § 129b (Werbung, Unterstützung und Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung) könnte sich das „ruhige Hinterland“ für all diejenigen, die nicht zufällig mit Duldung und im Interesse deutscher Außenpolitik agieren, in eine unbekannte heftige Kampfzone verwandeln. Die Zusammenarbeit wird folglich auch für deutsche Linke schwieriger und kriminalisierbarer, gemeinsame Aktionen und Veranstaltungen müssen daher gut durchdacht werden. Die Notwendigkeit der Zusammenarbeit besteht zunehmend mehr – es liegt an der deutschen Linken auszuprobieren und vorsichtig auszutesten, was in dem Bereich alles möglich ist.

Vernetzung

Ein anderer wichtiger Bereich, der nicht so ganz in den Bereich des „klassischen“ Internationalismus fällt, ist

Die unheimlichen Fälle des „black bloc“

The X-files



Mehr als ein Jahr ist inzwischen seit den tödlichen Schüssen in Genua vergangen, doch in Realität und Köpfen der Bewegung hallen sie bis heute nach. Nach Genua hat es keine größere öffentlich wahrnehmbare Mobilisierung der Linken zu einem der zahlreichen Gipfeltreffen gegeben.

Die Ankunft in Europa

Die öffentliche Wirkung war gigantisch: Im Jahr 2000 bildeten die militanten Proteste gegen das IWF-Treffen in Prag den Beweis, dass es die Antiglobalisierungsbewegung es nach Seattle und Davos geschafft hatte auch in Europa zu einem politischen Faktor zu werden. In der Linken selber bewirkten die Ereignisse von Prag eine verstärkte Diskussion um das Politikfeld „Antiglobalisierung“, die von linker Seite im Gegensatz zu nationalistischen und regionalistischen protektionistischen Strömungen eine Formierung gegen den neoliberalen Kapitalismus auf internationalerem Parkett bedeute.

Was für die Betätigung in der „Antiglobalisierungsbewegung“ sprach war die teilweise Radikalität der Kämpfe, die öffentliche Wirksamkeit, deren internationaler Charakter und die Stoßrichtung, die sich „ohne Umwege“ direkt gegen die Auswirkungen des kapitalistischen Verwertungssystems bzw. gegen den Kapitalismus selbst richtete. Bedenken bestanden angesichts des alles andere als unbedeutenden Anteils der tendenziell eher konservativen bis reaktionären Regionalisten, deren bisherige Privilegien in der neoliberalen Globalisierung drohten den Bach herunter zu gehen und die deswegen tatsächlich „gegen Globalisierung“ demonstrierten.

Scandinavian Rock n' Roll ...

Trotz dieser Bedenken mobilisierten auch Teile der deutschen und europäischen Antifabewegung gegen das EU-top meeting 2001 in Göteborg/Schweden.

die (europäische) Vernetzung. Deren Bedeutung steigert sich ebenfalls beständig: Zum einen gleichen sich die Bedingungen in den Ländern immer stärker aneinander an, andererseits werden zunehmend größere Teile der Politik im europäischen Gewand geführt. Die revolutionäre Politik muss also schon notwendiger Weise ebenfalls auch diesen Rahmen wählen.

Was bleibt....

Weitergehende Gedanken über eine „gemeinsame revolutionäre Strategie“ müssen wohl erst einmal auf unabsehbare Zeit in die Zukunft verschoben werden. Was Unisono bleibt, sind einzelne Bündnisse und Plattformen, und die wichtige Solidaritätsarbeit. Diesen keineswegs unwichtigen Aufgaben sollten wir ohne Illusionen angehen. Hinzu kommt gerade in Europa sich mögliche punktuelle Zusammenarbeit an der Frage zur Gegenmobilisierung gegen die „Top-meetings“, die mit in- und ausländischen GenossInnen sowie Exilorganisationen diskutieren werden könnte und vielleicht zur Verbreiterung beiträgt.

Die Riots und Demonstrationen markierten einen neuen Meilenstein in der Mobilisierung gegen die Gipfel. Als Problem bestand bereits hier, dass der gewonnene öffentliche Raum in den Medien kaum durch autonome Gruppen gefüllt werden konnte, es gab keinerlei autonome oder linksradikale Organisationsplattformen, die in der Lage gewesen wären öffentlich zu erklären, was warum in Göteborg passiert war. In der Folgezeit konnten vor allem die reformorientierten Kräfte der „Antiglobalisierungsbewegung“ vor diesem Hintergrund ihre Inhalte nach außen präsentieren, in denen schon häufig Abgrenzung zu den Militanten der Bewegung zum Ausdruck kam.

Mit den Ereignissen in Göteborg trat jedoch auch eine neue Qualität der Repression auf den Plan. Zwar existierten bereits einige „Gruselberichte“ aus Prag, aber Situationen in denen Bullen Leuten in den Rücken schießen und den Tod der AktivistInnen billigend in Kauf nehmen waren lange Zeit in Europa unbekannt. Die neue Qualität der Repression galt aber auch für die nach Göteborg gesprochenen Urteile gegen AktivistInnen, hinzukamen die scharfen Nachkontrollen und die der unbedingte Verfolgungswille selbst bis heute: In Bremen und Berlin fanden beispielsweise Ende August 2002 noch Durchsuchungen im Auftrag der schwedischen Staatsanwaltschaft statt.

...und der Taktstock italiano

Die Ereignisse von Göteborg waren noch nicht verdaut, als die Proteste gegen den G8 Gipfel in Genua einige Wochen später eskalierten, die alles vorher da gewesene weit in den Schatten stellte. In Genua wurden in vielerlei Hinsicht neue Superlative aufgestellt: Dies galt einerseits für die Masse bzw. Heterogenität des Widerstandes und die Heftigkeit der Militanz, andererseits noch mehr als in Göteborg für die Repression. Während sich bis zu 200.000 Menschen an den Protesten gegen den G8 Gipfel beteiligten kam

Zu brennenden Fragen

Veranstaltung der
Autonomen Antifa [M]:

Mit Dario Azzellini
zur Lage in Kolumbien.

Mitte November

Achtet auf
Ankündigungen!



COLOMBIA

hier werden dem Kapitalismus beste Bedingungen geschaffen und unprofitable, wenn nicht gar gefährliche Elemente bekämpft. Der Ausbau der äußeren und inneren Grenzen gegen illegale ImmigrantInnen, verschärfter Zwang gegen Erwerbslose, jede Arbeit zu jedem Preis zu leisten, die kamerakontrollierte Überwachungsgesellschaft und Repression gegen alle, die trotz oder gerade angesichts solcher gesellschaftlichen Zustände Widerstand leisten, sollen den kapitalistischen Status Quo aufrecht erhalten.

Die Demonstration in Kassel richtet sich daher nicht gegen einen einzelnen Produktionsbetrieb für Kriegsgerät, sondern gegen den permanenten inneren und äußeren Kriegszustand namens Kapitalismus im Ganzen. Am letzten Wochenende der als „kritisch“ und „politisch“ gepriesenen Documenta 11 soll klargemacht werden, dass radikale politische Kritik an den Grundlagen der Gesellschaft ansetzen, letztlich also antikapitalistisch sein muss.

Infos unter <http://aak.antifa.net>
oder bei www.puk.de/aam

es zu heftigen Riots in deren Verlauf die Carabinieri Carlo Giuliani ermordeten und Duzende Menschen zum Teil lebensgefährlich verletzt wurden. Die Berichte über Folter aus den Knästen, die faschistischen Carabinieri und die Bilder des Staatterrorismus sind wohl allen noch im Kopf.

Katerstimmung oder Verschnaufpause

Mit Genua hatte die Bewegung offenbar ihren Scheitelpunkt erreicht. Die Heterogenität der Bewegung – in den Mobilisierungen häufig von Vorteil – kippte an der Gewaltfrage nach der Zuspitzung der Proteste. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Heterogenität der „Antiglobalisierungsbewegung“ wie viele der alten „Neuen Sozialen Bewegungen“ im Punkt der Zuspitzung der Verhältnisse auseinander brach. Zudem wurde nach Genua das Problem der fehlenden Vermittlung der gelaufenen Aktionen noch schwerwiegender: Der „black bloc“ wurde mal den Faschisten, Mal der Polizei zugeschoben – und die einzigen die sich nicht dazu äußerten waren die autonomen Kräfte selbst, was es für die Öffentlichkeit leicht machte, die Proteste zu diskreditieren. Schlimmer als das wirkte jedoch die Distanzierung der Linksliberalen – wie dem „Olivenbaumbündnis“ in Italien – von den militanten Protesten. Die „Einheit“ der Linken war aufgelöst. So kommt es auch nicht von ungefähr, dass die verschiedenen Spektren nicht mehr gemeinsam mobilisierten.

Wie mit diesen Erfahrungen umgegangen wird, sollte gerade im Vorfeld der nächsten Mobilisierungen breiter in der Linken diskutiert werden. Dankbar wäre eine Diskussion der Linken beispielsweise an folgenden Punkten:

X-File Nr. 1 – die Vermittlung

Wie bereits angedeutet, bestand eines der größten Probleme für die autonomen Kräfte nach diesen Protesten in ihrer fehlenden öffentlichen Artikulation. Dies ist der Zersplitterung der autonomen Kräfte und ihrer Unorganisiertheit geschuldet. Eine Mobilisierung durch Gruppen einer Plattform links von ATTAC mit einer gemeinsamen Öffentlichkeitsarbeit wäre eine Forderung die dieses Problem angehen könnte. Die autonome Linke wäre auch öffentlich ansprechbar, könnte ihre Inhalte vertreten und würde einer Diffamierung der Autonomen als „Polithooligans“ oder aber auch als „Bullen“ oder „Faschos“ eine Stimme aus der Bewegung selbst gegenüber stellen.

X-File Nr.2 – die Frage nach der Zielgerichtetheit von Militanz

Die massive Militanz während der Gipfel ist von heutigen Sichtpunkt nicht nur eindeutig positiv zu betrachten: Einerseits sind alle Riots ein spektakuläres Element in der Berichterstattung, in dessen Kielwasser auch die Forderungen der reformorientierten Gruppen aufgegriffen und der Öffentlichkeit präsentiert werden. Ohne die Aktionen der militanten Aktionsgruppen, die in ihren Vorstellungen und Zielen ebenfalls sehr unterschiedlich waren, wäre dem nicht so. Nichts desto trotz kann diese allgemeine Beschreibung nicht darüber hinwegtäuschen, dass

auch ein Problem mit der Zielgerichtetheit von Militanz existiert. Die Inhalte militanten Agierens vermitteln sich mit der Auswahl des Ziels sowie durch deren verantwortliche und zielgerichtete Umsetzung. In Genua war dem nicht immer so, es war eine gewisse Beliebigkeit der Ziele und Mittel gegeben, was die Kriminalisierung und Diffamierung entscheidend erleichterte. Zudem fanden sich die linksradikalen Zusammenhänge in den jeweiligen Ländern meist stark geschwächt hervor, da einerseits die Repression in der Folgezeit wütete und sich andere Teile der Linken stark abgrenzen.

Es stellt sich die Frage ob dies „hingenommen werden muss“, quasi als „Preis“ für den Erfolg der Mobilisierungen, was allerdings sehr technokratisch gedacht wäre – oder die Militanten Kräfte ihre Strategie des „alles auseinander Nehmens“ verändern müssen.

X-File Nr.3 – Staatsterrorismus und Repression

Eine weitere „Begleiterscheinung“ der Gipfelstürmungen sind Verhaftungen, Verurteilungen, schwere psychische und physische Verletzungen, Folter und absurd hohe Gefängnisstrafen für AktivistInnen. Dies betrifft ALLE Gegner und Gegnerinnen der globalen Ordnung – unabhängig davon ob sie militant agieren oder bloß den Schuldenerlass für die 3. Welt fordern, soviel hat das Beispiel Genua gezeigt. Wird eine Bewegung stark genug um – wenn auch nur punktuell – die Machtfrage zu stellen reagiert der Staat mit voller Härte.

Die „Gewaltfreien“ wollten das Problem über die Abgrenzung von den Militanten lösen, was einerseits jedoch kein Garant dafür darstellte nicht doch Opfer des Staatsterrorismus zu werden und zum anderen das mediale Interesse stark nachließ. Ob diese Strömungen das als Problem erkennen darf leider bezweifelt werden.

Für die autonome Linke besteht das Repressionsproblem bereits bei den Einreisemöglichkeiten wie sie nach dem „Hooliganengesetz“ und den „Gefährderanschriften“ bestehen. Zudem sollten sich die Leute gut überlegen in was für Auseinandersetzungen sie sich begeben und was ggf. für Konsequenzen folgen können.

Als weitere Problematik besteht das Gefangenenproblem. Die Unterstützung aus der Szene für die Gefangenen ist denkbar gering – außer einigen Soligruppen und Organisationen wie der Roten Hilfe arbeitet dazu faktisch niemand. Ein Zustand der nicht angehen kann – Repression wird so zum Problem einiger die „nun mal Pech gehabt haben“ – eine solche Sichtweise ist unsolidarisch, zynisch und ignoriert die Zusammenhänge zwischen denen drinnen und uns draußen, sowie den Abschreckungscharakter, den die Verurteilungen haben sollen.

Comrades, see you on the barricades!

Die entscheidende Frage wird sein, ob es der europäischen Linken nach den Ereignissen des 11. Septembers und dem unter amerikanischer Führung laufenden „Anti-Terror-Krieg“ gelingt wieder eine gemeinsame größere Mobilisierung auf die Beine zu stellen und die Probleme zumindest punktuell zu überwinden. Inhaltlich anbieten tun sich in der nächsten Zeit sowohl des NATO-Gipfeltreffen in Prag im November wie auch das EU-topmeeting in Kopenhagen Ende des Jahres, wo es um Fragen wie die EU-Osterweiterung gehen soll.

TER MIZ

12.19.9.2002

Aktionstage gegen das world economic forum (wef) in Salzburg
www.antiwef.org

Samstag · 14.9.2002

Antifademo „Standort – Kriegsschauplatz: Deutschland angreifen!“

Kassel · Holländischer Platz · 13.30h
<http://aak.antifa.net>

Samstag · 14.9.2002

„Schöner Leben ohne Kapitalismus!“ Antikapitalistischer Block auf der bundesweiten Demo

Köln · Hohenzollernring/Limburger Straße · 13.00h · www.antifa-k.de

Mittwoch · 18.9.2002

Veranstaltung „Nation. Patriotismus. Antisemitismus. Deutschlands Weg in die Normalität“ mit Hermann L. Gremliza (Konkret)

Göttingen · Altes Rathaus · 20.00h

Samstag · 21.9.2002

Antikapitalistische Demo „Wir haben schon lange gewählt“
Hagen · Hauptbahnhof · 13.30h

Sonntag · 22.9.2002

Demo am Wahlsonntag „Gegen Arbeitswahn und Kapitalismus!“
Leipzig · Moritzbastei · 14.00h
www.nadir.org/bgr

Mittwoch · 2.10.2002

Demo „Es gibt tausend gute Gründe Deutschland zu hassen!“
Erfurt · Hirschgarten · 18.00h
www.puk.de/atag

Mittwoch · 9.10.2002

Konzert mit „The Casanova Action“ und „The Fla Flas“
Göttingen · JuzI · Bürgerstraße 41

NATO-Gipfel in Prag

Sonntag · 17.11.2002

Demo „against capitalism and NATO“

Donnerstag · 21.11.2002

international action day
www.antinato.cz

EU-Topmeeting in Kopenhagen

Freitag 9 13.12.2002

Aktionstag (Globale Rødder)

Samstag · 14.12.2002

11 Uhr: Internationale Demonstration
www.modkraft.dk und
www.kopenhagen2002.de